

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. Mai 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verjammlungs-, Vergnügungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 52

Des Himmelfahrtstages wegen muß Nr. 53 schon am 12. Mai fertiggestellt werden. Alle für jene Nummer bestimmten Bekanntmachungen usw. müssen deshalb Mittwoch früh in unsere Hände sein.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Kritik: Unser Trauern und unser Hoffen!

Volkswirtschaft: Staatsschulden und Arbeiterschaft.

Korrespondenzen: Borna. — Flensburg (M.-S.). — Landskul. — Magdeburg.

Landeshaushalt: Von Buchdruckern im Kriege. — Kriegszulagen. — Geschworenenauslösung. — Zeitungserlösmehrmehrung. — Bewilligung einer einheitlichen Feuerungszulage. — Zur Weiterförderung der Kriegsteilnehmer in der gesetzlichen Krankenversicherung. — Sozialversicherungsbeschränkung in Staatsbetrieben. — Die Symptome der Großindustrie in Zwickau. — Auswanderung und Krieg.

Bekanntmachung

Die verehrlichen Vorstände der Bezirksvereine und Mitgliedschaften werden gebeten, die ihnen überlieferten Fragebogen unverzüglich zu beantworten und sie bis zum 10. Mai an ihren Gauvorstand einzusenden. Die Gauvorstände werden gebeten, das Ergebnis der Statistik in ihrem Gauvereine spätestens bis zum 14. Mai dem Unterzeigten mitzuteilen.

Der Verbandsvorstand.

Unser Trauern und unser Hoffen!

In kurzen Worten sprechen die Todesanzeigen von Kriegesgefallen in unsern Tages-, Verbands- und politischen Arbeiterblättern eine beredte, erschütternde Sprache. Viele Spalten, die in leichten, ergreifenden Worten den Verlust eines lieben Gatten und Vaters, vielleicht auch des einzigen Sohnes und Kindes, melden, sind zu einem leider fragwürdigen Bestandteil unserer Presse in diesem blutigen Völkerringen geworden.

Wenn wir aber den „Korr.“ zur Hand nehmen und in jeder Nummer den Heldentod so vieler braver und für viele unergreiflicher Kollegen angezeigt finden, ist man kaum eines Wortes noch fähig. Die Tragik des Schicksals ist zu furchtbar, der Schmerz zu groß, um es zu fassen. Es entziehen gewaltige Mächten in unsern Reihen, die dem Sinne nach wohl auszufüllen sind, während der Verlust eines lieb gewonnenen Kollegen und Freundes geradezu lähmend auf seine langjährigen Mitarbeiter wirkt. Und wie viele, viele Werte gehen da der Kollegenschaft eines Ortes, Bezirks oder Gaues und der Organisation überhaupt verloren?

Für die Nächstbetroffenen jedoch bedeutet der Tod eines einzelnen schon den Verlust von Unschätzbarem, Unerfetzlichem. Familienglück wird hoffnungslos zerstört, vielen unumwunden Kindern der treu sorgenden Vater jäh entzogen. Dürfen wir uns nun noch nicht den Frieden herbeiwünschen? Vom Standpunkte des nüchtern denkenden Arbeiters: ja. Schon in Anbetracht der ungeheuren Vernichtung mühsam erungener Kulturwerke. Ruhen aber nicht russische Ländergier, grimmiger englischer Konkurrenzneid und französische Verblendung, welche Triebe und Eigenschaften dem wirklichen Volk in vielen Ländern wohl weniger zu eigen sind, allen noch so berechtigten Friedenswünschen ein abwehrendes Nein entgegen? Daß wir einen ehrenvollen Frieden haben wollen, darüber besteht ja Einmütigkeit; ob wir ihn haben können, richtet sich nach den vorgeannt aufgeworfenen Fragen, über die wir indes nicht allein zu entscheiden haben. Darum heißt es auch weiter noch Durchhalten und das Beste von dem ja doch immer näher rückenden Ende erwarten.

Wie sagte doch der schweizerische Nationalrat Eugster in seinem Schlusswort über die von ihm beschlagnahmten Gefangenenlager in Deutschland:

„Menschenschicksale, ernste Bilder der neuen Weltgeschichte sind vor meinen Augen vorübergezogen. Sie

hatten unaussprechlich in meiner Seele. Welch ein schreckliches Ding ist der Krieg! Es blutet mir das Herz. Und aus blutendem Herzen ringt sich die bedebende Frage und sucht das Herz der edelsten der beiden Nationen: Wie lange noch muß er dauern, dieser furchtbare Krieg? ...

Nach durch das Schweizerland geht ein inniges Sehnen nach Frieden. Nach Westen und Norden schauen wir aus und warten hoffnungsvoll des gefegneten Tages, da aus Trümmern der zerbrochenen Kultur neues, geläutertes Leben zum Segen der Menschheit erblüht.

Die Friedenssehnsucht der neutralen Länder ist wohl begreiflich, es ist ja alles in Mitleidenchaft gezogen. Hoffen wir also, daß trotzdem und alledem bald auf den Trümmern dieses blutigen Kriegs der junge Tag einer neuen, gekläuerten Zeit anbricht!

Frankfurt a. M.

Volkswirtschaft

Staatsschulden und Arbeiterschaft.

Neun Milliarden und sechzig Millionen Mark waren das Ergebnis der Zeichnungen auf die zweite deutsche Kriegsanleihe. „Das Geld hat eine Schlacht gewonnen“, war die allgemeine Ansicht, die sich als Resultat dieses Ereignisses kundtat. Daran ist zweifellos viel Richtiges. Es bekundete sich darin nicht nur eine bedeutende Höhe des Nationalvermögens, sondern auch ein großes und starkes Vertrauen der Anleihezeichner auf deutsche Kraft und deutsche Volkshäufigkeit. Und das liegt der Schwerpunkt, der selbst jenen Vorkriegsjahren abging, die nicht in der glücklichen Lage waren und sind, durch besonders finanzielle Mittel dem bedrohten Vaterlande zu Hilfe zu kommen. Sie werden und können sich aber in dieser Beziehung damit beruhigen, daß ihr Opfer in der jetzigen Zeit, das nebst vielem andern in ganz außerordentlicher Beschränkung ihrer Lebensbedürfnisse besteht, noch wichtiger und wertvoller ist, als die Opfer derjenigen, die in der Lage waren, sich an der Kriegsanleihe zu beteiligen. Die letzteren waren allein die Glücklichen, die etwas herzugeben hatten, was ihnen über ihre momentanen Bedürfnisse hinaus zur Verfügung stand. Und wenn auch das Endresultat der Kriegsanleihe in Anbetracht der kritischen Zeiten für die moralische Opferwilligkeit der Zeichner ein unbefreitbares schönes Zeugnis ablegte, so dürfen wir doch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus nicht übersehen, daß die Anlegung von Erparnissen in deutschen Staatspapieren erst dann ein größeres materielles Opfer wäre, wenn die Ausstücker auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen für Deutschland weniger günstiger lägen, als es in Wirklichkeit der Fall ist. Den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend ist aber das in Kriegsanleihen dem Reiche zur Verfügung gestellte Geld eine gute und sichere Kapitalanlage. Der Zins, der dafür garantiert wird, ist höher als der übliche Sparkassenzins; und die Sicherheit des Geldes ist nicht minder gefährdet als bei allen sonstigen Kapitalanlagen in der jetzigen kritischen Zeit. Die Darleiher haben also die wohl begründete Aussicht, ihr Geld dem Staate zur Verfügung gestelltes Geld in nicht allzu ferner Zeit wieder auf Seller und Pfennig zurückzuerhalten und in der Zwischenzeit einen annehmbaren Zins für ihr Vertrauen auf die faktische Macht und Kraft zu beziehen. Es wird sich auf diesem Weg eine gewaltige Zinsenlast für den Staat ergeben. Die fünf Milliarden der ersten Kriegsanleihe brachte dem Reich eine Zinsenlast von 250 Millionen Mark. Die nun über 14 Milliarden betragenden beiden Kriegsanleihen erfordern schon eine jährliche Zinssumme von 700 Millionen Mark. So steuern wir schon stark auf eine Milliarde Zinsenlast für die Kriegsanleihen zu. Trotzdem darf aber nicht übersehen werden, daß die Summen der Kriegsanleihen gegenwärtig den Geldstrom darstellen, der uns Arbeit und Ertragszins gibt. Sie geben uns neben der noch zahlreich verfügbaren menschlichen Arbeitskraft den wirtschaftlichen inneren Halt und Widerstand. Und in diesem Sinne hat das Geld auch als Staatsschuld tatsächlich eine große Schlacht gewonnen.

Was will aber nun eine Staatsschuld bedeuten? Das System heutiger Staatsschulden ist mit einem fast unentwirrbaren Knäuel zu vergleichen. Und das Wachsen der Staatsschulden ist eine der unerfreulichsten Erscheinungen im Staatsleben der neueren Zeit. „Soweit zwar den Staatsschulden wirkliche und nicht nur eingebildete Erwerbswerte gegenüberstehen, sind sie nicht bedenklicher als ländliche Hypotheken oder industrielle Wertpapiere; wenn

aber hinter ihnen nichts weiser liegt als eine Anweisung auf einen Teil des Ertrages von Zöllen und Steuern, bilden sie eine unerhört große Belastung der Gegenwart durch die Vergangenheit und der Zukunft durch die Gegenwart“, wie Naumann in seiner „Neudeutschen Wirtschaftspolitik“ sagt. Und Karl Marx nennt die Staatsschuld eine Veräußerung des Staates, die der kapitalistischen Entwicklung ihren Stempel ausdrückt. Die Staatsschuld ist nach seiner Lehre der stärkste Hebel der ursprünglichen Kapitalanhäufung. Durch die Staatsschuld wird vorher meist unproduktives Geld mit Zeugungskraft begabt und in Kapital verwandelt, das gar nicht mehr nötig hat, sich der Müheverwaltung oder Gefahr eines Wucherers oder industrieller Anlage auszusetzen. Die Erwerber von Staatspapieren (Staatsschuldcheinern) geben in Wirklichkeit gar nichts her, denn die von ihnen dem Staat geliehenen Geldwerte erfahren nur eine Umwandlung in öffentliche, leicht übertragbare Schuldcheine, die im öffentlichen Verkehr wie Bargeld zu verwerten sind. Außerdem hat das System der Staatsschulden die Aktiengesellschaften, den Handel mit verkäuflichen Wertpapieren aller Art, das Börsenspiel und die moderne Bankenheerarchie erst in die Höhe gebracht. Von allem Anfang an waren die großen Banken mit faaktischen Benennungen oder Titeln nur Gesellschaften von Privatkapitalisten, die sich den Regierungen an die Seite stellten und ihnen Geld vorzuschreiben imstande waren. So begann z. B. die Bank von England seiner Zeit damit, der englischen Regierung Geld zu 3 Proz. zu leihen; gleichzeitig wurde sie vom Parlament ermächtigt, aus dem gleichen Kapital, d. h. in Höhe der gleichen Summe, die sie der englischen Regierung für 8 Proz. geliehen, noch besondere Banknoten herauszugeben, die sie dem Publikum als Geldersatz mit öffentlichem Kurswert ausstieß. Und bald darauf wurden diese Banknoten sogar die „Münze“, worin die Bank von England dem Staate Vorküsse gewährte und für Rechnung des Staates die Zinsen der Staatsschulden an ihre Darleiher bezahlte. Dieses englische Muster überrückte schrittweise und profitlicher Bankpolitik in Verbindung mit den Staatsschulden hat sich nach und nach auf alle Kulturstaaten übertragen. Mit den Staatsschulden entstand ein internationales Kreditssystem, hinter dem sich häufig die Quellen der ursprünglichen Kapitalanhäufung versteckten. Ungefähr in der gleichen Richtung, wenn auch weniger deutlich, bewegte sich das Urteil des Sozialpolitikers Erich Schärer in der „Hilfe“, indem er von den kleinen Leuten, d. h. von den weniger Bemittelten, die als Zeichner bei der letzten deutschen Kriegsanleihe in Erscheinung traten, sagt: „Die kleinen Leute sehen in der Reichsanleihe gewiß kein Spekulationsobjekt, sondern eine dauernde sichere Kapitalanlage, die man so gut behält und bewahrt wie den talergesüllten Strumpf einer entwichenden Epoche.“ Und an einer andern Stelle seiner lehrerweisen Betrachtung über „Reichschatz und Volk“ sagt Schärer: „Zur Begründung dieser Vermutung wird man einen geschichtlichen Präzedenzfall heranziehen dürfen, nämlich eben die französische Anleihe von 1871 zur Aufbringung der Kriegsschuldigung an Deutschland. Von diesem Zeitpunkt an ermußt die bekannte Neigung der Franzosen, ihr Spargeld in Staatspapieren anzulegen, die sie zum „Rentnervolk“ hat werden lassen. Und es tauchen auch bereits Stimmen auf, die auf die Gefahr hinweisen, wie sie eine solche Entwicklung nach dem französischen Vorgange mit sich bringen könnte: daß der Industrie in ihrer Folge die Säfte zum Teil entzogen werden würden, denen selber in Deutschland ihr Aufschwung und ihre Blüte zu verdanken war. Damit wäre für den Staat — liebe Frankreich — nichts gewonnen; er würde, wie jene Henne, Frank der goldenen Eier überhaupt keine mehr legen.“ Schärer glaubt nicht ganz an die gleiche Wirkung in Deutschland, weil andere Verhältnisse und andre Zeiten vorhanden sind. Bemerkenswert ist jedoch, daß er in dieser Anlegung der sogenannten Spargelder des kleinen Mannes in Deutschland sogar die Möglichkeit erblickt, daß sie leicht dazu beitragen können, die Ausdehnung faaktischer Selbstwirtschaft zu begünstigen, und zwar auf Kosten der Privatindustrie. Daß sich in einer solchen Entwicklung staatssozialistische Tendenzen stärkerer Art ausprägen werden, dürfte keinem Zweifel unterliegen.

Jeder Staat mit hohen Staatsschulden muß zur Deckung seiner hohen Zinsenlast alle Mittel und Wege suchen, die ihm außerordentliche Einnahmequellen verschaffen. Dazu können nach unrer Auffassung in erster Linie Monopole und faaktisch organisierte Eigenproduktion wichtiger Bedarfsartikel dienen. Denn die Anlegung der Steuer- schraube, sei es nun auf direkte oder indirekte Weise, hat

nach oben wie nach unten, d. h. in Hinsicht auf ihre soziale Wirkung, für jeden Staat ganz bedeutliche Schattenseiten. Wird nämlich der Steuerdruck auf Kapitalbesitz so hoch, daß er den durchschnittlichen Zinsertrag ernstlich gefährdet, dann werden die Kapitalbesitzer danach trachten, ihr Vermögen im besser rentierenden Auslande zu verwerfen und schließlich auch ihren Wohnsitz im Auslande nehmen. Werden dagegen die indirekten Steuern in der Form von Abgaben für die wichtigsten Verbrauchsartikel in verschärfter Form herangezogen, so sinkt in gleichem Maße die Kaufkraft des Geldes. Die Kämpfe um höhere Einnahmen werden zunehmen. Bringen sie der arbeitenden Bevölkerung nicht die für ihre bisherige Lebenshaltung erforderliche Garantie, dann wird neben einem Rückgang der sozialen und wirtschaftlichen Lage im allgemeinen die Auswanderung aus dem Vaterlande größeren Umfang annehmen. Und gleich wie in früheren Zeiten werden es nicht die Schwächsten und Unfähigsten sein, die ihr Geld in einem andern Lande suchen werden, sondern meist die Besten und Tüchtigsten. Alle Auswanderungsverbote und sonstige Hemmnisse auch für den Kapitalabfluß nach dem Auslande werden dies wohl verzögern, aber nicht auf die Dauer verhindern können. Unternehmungsgewinn und fortschrittliche Initiativen würden gekümmert werden. Und was der Staat auf diese Weise durch Steuerdruck gewinnen würde, ginge ihm langsam aber sicher durch einen Rückgang der produktiven Volkskraft in absehbarer Zeit wieder mehr als doppelt verloren. Wenn man sich das alles genau überlegt und gleichzeitig daran denkt, daß damit noch lange nicht alle Möglichkeiten in Hinsicht auf die wirtschaftlichen Folgen von Staatsschulden in Betracht gezogen sind, so wird man erkennen, daß hier ein Problem gegeben ist, von dessen Lösung nicht nur Wohl und Wehe eines Staates, sondern seiner ganzen Volkskultur abhängt. Da dieses Problem ist gewissermaßen der Kardinalpunkt, der sich für jeden der in den gegenwärtigen Weltkrieg verwickelten Staaten als ein solcher zu erkennen gibt, der, je länger der Krieg dauert und daher immer höhere Opfer an Gut und Blut verursacht, um so schwerer in die Waagschale fällt. Diese Erkenntnis zwingt auch die Arbeiterschaft, der Frage der Staatsschulden jetzt und in Zukunft eine erhöhte Aufmerksamkeit zuteil werden zu lassen.

Staatsschulden oder Staatsanleihen sind die Folgen eines außerordentlichen Bedarfs, für den außerordentliche Deckungsmittel in Anspruch genommen werden müssen. Ihre Grundlage oder vielmehr ihre Ursachen sind also die gleichen wie bei ähnlichen Vorkommnissen im Privathaushalt. Nur gilt für die Staatsschuld nach dem Standpunkte der modernen Finanzpolitik der Grundhalt, daß sie unter allen Umständen nur für einmalige außerordentliche und nicht für dauernde ordentliche Staatsausgaben berechtigt ist. Unter diesen Voraussetzungen zerfallen die Staatsschulden in privatwirtschaftliche, produktive und außerordentliche Kapitalanlagen. Staatsschulden als privatwirtschaftliche Kapitalanlagen sind solche, die dazu dienen, ein privatwirtschaftliches Unternehmung, das besondere Einkünfte bringt, für den Staatshaushalt zu erwerben. Hierher gehören in erster Linie die Staatsschulden zur Verstaatlichung der Eisenbahnen usw. Produktive Kapitalanlagen, die durch Staatsschulden getragen werden, sind solche, die zur Durchführung großer Reformwerke dienen, wie Schulden zur Durchführung von Verwaltungsreformen, zu Ablösungen von Zehnten und Lössen, Verkehrsanlagen ohne Renten, Wegebauten usw. Diese Anlagen bilden für den Staat keine direkte Quelle von Einkünften, sie müssen mehr der Volkswirtschaft und höheren kulturellen Interessen, somit aber dem eigentlichen Staatszweck. Die außerordentlichen Kapitalanlagen ergeben sich für den Staat in Zeiten besonderer Not, zur Erhaltung der nationalen Selbstständigkeit, im Kriege, bei Revolutionen usw. Aus dieser Gliederung der Staatsschulden ergibt sich als letzte und wichtigste die Kriegsschuld oder die Kriegsrente. Während die übrigen Staatsschulden teils direkt, teils indirekt nur zu Zwecken gemacht werden, die ihre Kosten wieder früher oder später sicher erlösen, ist das bei den Schulden für Kriegszwecke nicht der Fall, wenigstens kann darauf nicht mit jener verhältnismäßigen Sicherheit gerechnet werden wie bei den privatwirtschaftlichen und produktiven Kapitalanlagen des Staates. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus wäre daher zu unterfragen, in welcher Weise sich die Verzinsung und schließlich die Deckung dieser Staatsschulden ermöglichen läßt.

Eine kurze Analyse des gesamten modernen volkswirtschaftlichen Prozesses soll uns diesem Ziele näherbringen. Zerlegen wir das Jahresergebnis der Gesamtproduktion eines Landes oder Volkes in seine wichtigsten oder ausschlaggebenden Bestandteile, so erhalten wir zunächst einen Teil, der dazu bestimmt ist, die ursprünglichen Kosten der Produktion (Arbeitslohn und Ertrag verbrauchter Produktionsmittel) zu decken; ein zweiter Teil setzt sich aus Kapitalzinsen oder Unterhaltungskosten der Kapitalanlagen zusammen und der Rest oder der dritte Teil des Jahresgesamtertrags bildet einen Überschub zur Erweiterung der Produktion auf höherer oder größerer Basis. Für jeden Produktionsfortschritt ist der letzte Teil von ausschlaggebender Bedeutung. Um ihm sind Arbeiter wie Kapitalisten ganz besonders interessiert. Denn beschränkt sich der Jahresproduktionsertrag nur auf die Werte, die erforderlich sind, um die bisherige Produktionsweise mit all ihren sozialen und wirtschaftlichen Eigenheiten aufrechtzuerhalten, so ist jeder Fortschritt in materieller wie kultureller Beziehung ausgeschlossen. Nicht viel besser würde es sein, wenn der gesamte Produktionsertrag nur so weit über den ersten Teil hinausginge, daß er gerade noch ausreichen würde, die Kapitalzinsen zu decken, ohne die Möglichkeit größerer Kapitalansammlung zu bieten, d. h. nur so viel, als die Kapitalisten für ihren eignen Unterhalt brauchen. Im letzteren Falle müßte auch der Verbrauch

des Staates von den Einkünften dieses zweiten Teils allein gedeckt werden, und zwar durch progressive Besitz- und Einkommensteuern. Eine Heranziehung der kleineren Einkommen beschneidet die Lebenshaltung der Arbeiterschaft zum Nachteile der Volkswirtschaft und beschränkt damit gleichzeitig auch die ernernten Einnahmen der Kapitalisten. Daraus ergibt sich ferner, daß die Mittel für außerordentliche Staatsausgaben, also für Kriegsanleihen, eigentlich nur aus dem dritten Teile des Jahresertrags, aus dem Überschub über Arbeits-, Material- und Kapitalkosten, entnommen werden können. Gleichzeitig bedeutet aber eine solche Belastung des Reinertrags der Volkswirtschaft durch die Staatsschuld, sei es nun für Verzinsung oder Tilgung, eine Hemmung weiterer wirtschaftlicher Entwicklung. Eine solche Hemmung verbinde sich auch dem Arbeiter die Aussicht auf eine Besserung seiner Lage. Und es ist sogar als sicher anzunehmen, daß eine enorme Staatsschuld, die den volkswirtschaftlichen Reinertrag belastet, die Arbeiterschaft verhältnismäßig schwerer trifft als die Kapitalisten. Den letzteren kommt es nur auf den Zins an, den sie für ihr Kapital erhalten. Ob sie ihr Geld für produktive oder für unproduktive Zwecke herleihen, bleibt ihnen gleichgültig; die Hauptsache ist für sie der Zins. Der Arbeiter ist dagegen bezüglich seiner ernernten Lebenshaltung und Lebensziele in erster Linie an produktiver Kapitalverwendung interessiert, da nur dadurch auch für ihn die Möglichkeiten höherer Bedürfnisbefriedigung gegeben ist. Hier trennt sich die angelegliche Interessengemeinschaft des Arbeiters mit dem Kapitalisten sehr scharf. Und in gleicher Weise kann der Arbeiter auch kein positives Interesse an einer Staatsanleihe für unproduktive Zwecke haben, wie sie sich nun leider einmal in den Kriegsanleihen verkörpert. Sie sind eine schwere Belastung der produktiven Kräfte jeder Volkswirtschaft. Und der Krieg selbst bedeutet eine grobe Zerstörung von Produktivkräften bei gleichzeitiger Einschränkung der Erzeugung und Vermehrung neuer Produktivkräfte. Wird dabei noch durch die Finanzpolitik des Staates die Steigerung der produktiven Werte durch Staatsanleihen aufgehalten, so verliert die Aussicht auf größere wirtschaftliche Fortschritte im Interesse der Arbeiterschaft in gleichem Maß an Boden.

Die Milliardenwerte, die jetzt dem Reinertrag unserer Volkswirtschaft als Kriegszwecken entzogen werden, und leider auch wohl oder übel entzogen werden müssen, sie werden unserer zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung fehlen. Die privatkapitalistische Produktion wird infolgedessen mit größeren Schwierigkeiten bei der Beschaffung von weiterem Betriebskapital zu rechnen haben und noch schärfer als vorher danach trachten, die Gekostungen ihrer Produkte zu verringern. Die Arbeiterschaft wird diesen Kapitalabzug letzten Endes am stärksten zu fühlen bekommen. Aber nicht nur die der Volkswirtschaft entzogenen und für Kriegszwecke verbrauchten Kapitalwerte werden sich in diesem Sinne fühlbar machen, sondern auch die, daraus für den Staat resultierende Verzinsung und Tilgungspflicht. Der Staat wird dafür neue und starke Einkommenquellen erschließen müssen. Monopole, Vermehrung der staatlichen Eigenproduktion, Wertzuwachssteuer, progressive Einkommensteuer und Reichsverschaffungssteuer geben ausichtsreiche Weidgründe. Monopole und damit verbundene vermehrte staatliche Güterproduktion schließen an sich selbst bei vorzüglicher und technisch-fortschrittlicher Organisation viele und große Erleichterungen zur Erfüllung der Zinsentlastung und Tilgung der Staatsschulden in sich. Aber auch hier wird es sich darum handeln, daß sich die Rentabilität der Staatsbetriebe nicht auf Kosten der menschlichen Arbeitskräfte ergibt, sondern in erster Linie auf geschickter Betriebsorganisation unter Ausnutzung aller wissenschaftlichen und technischen Hilfsmittel beruht. Millionen von Werten, die im Rahmen der bisherigen sogenannten bewährten Wirtschaftsordnung infolge planloser und zersplitterter Produktion verloren gingen oder vergeudet wurden, dürften dabei lieber für das Gesamtwohl gewonnen und erhalten bleiben. Sie werden es ermöglichen, sowohl die Staatsschulden abzubauen, als auch die durch solche Wirtschaftsumwälzungen besonders in Mitteleuropa gezogenen Staatsbürger in Unternehmer- wie Arbeiterkreisen in angemessener Weise schadlos zu halten. Allzu große Hoffnungen sollten dagegen auf neue Steuerquellen nicht gesetzt werden. Denn die Erfahrung hat gelehrt, daß die Mehrheitsparteien eine besondere Vorliebe für indirekte Steuern haben, wodurch in der Regel die unbemitteltesten Volksschichten viel schwerer belastet werden als die Besitzenden. Am besten dürfte es daher sein, wenn der Schwerpunkt auf eine vernünftige Erweiterung der staatlichen Güterherstellung und -verteilung gelegt wird. Auf jeden Fall enthält aber das Problem der Staatsschulden auch für die Arbeiterschaft so wichtige Momente, daß nicht verkannt werden sollte, vor allem die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation so zu festigen und auszubauen, daß ihr Einfluß sowohl bei der Erweiterung der staatlichen Produktion wie auch bei Steuerfragen weit mehr als bisher geltend gemacht werden kann und berücksichtigt werden muß von allen jenen Faktoren, die bei der gesetzlichen Regelung zukünftiger Wirtschaftsfragen ein Mitbestimmungsrecht besitzen. Denn mehr als je zuvor wird gerade das Problem der Staatsschulden beschäftigen, daß die wichtigsten Fragen unserer Zeit im tiefsten Grunde nicht mehr formal politischer, sondern wirtschaftlicher und sozialer Natur sind.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Ff. Borna b. Leipzig. Die Frühjahrsvorversammlung tagte am 25. April im Gewerkschaftsrestaurant „Wilhelmshöhe“ und war gut besucht.

Zuwelend waren von Borna 27, Großsch-Pegau-Swenkau 13 und Bad Naußitz 2 Kollegen. Außerdem hatten sich vier selbstauftragliche Kollegen vom hiesigen Erzhütten Nr. 107 eingefunden. Der Vorsitzende gedachte in seiner Begrüßungsansprache ebrnd des auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen Quarg (Pegau). In üblicher Weise erbrte die Verlesung der gefallenen Helden. Aus unserm Bezirke stehen unter den Fahnen: Borna 35, Großsch 23, Gellhain 2 und Röttha 1 Kollege. Zum ersten Punkte der Tagesordnung: „Gesamtvorstandswahl betreffend“, wurde auf Vorschlag des Kollegen Hofmann (Großsch) der Gesamtvorstand durch Jura wiedergewählt. Der zweite Punkt brachte eine sehr interessante Wiedergabe der Tagung der sogenannten Kriegskommission sowie eine Beschreibung der gegenwärtigen Lage durch unsern Gauverwalter Dähnel (Chemnitz). In überzeugender Weise legte er unter anderem auch die Gründe dar, die für unsere Kriegskommission bestimmend waren. Auch den Neuausgewählten veranschaulichte er in längeren Ausführungen mit warmen Worten Zweck und Ziele unsres Verbandes. Hoffen wir, daß selbige Beachtung finden. Reicher Beifall lohnte dem Referenten für seinen etwa zweifelhafte Vortrag. In der folgenden Ansprache kam zum Ausdruck, daß man mit den Beschlüssen der Kriegskommission einverstanden war, obwohl die Grenze der Arbeitslosenentschädigung zu niedrig bemessen sei. Als nächster Tagungsort wurde einstimmig Großsch gewählt. Die auswärtigen Kollegen erhielten das Fahrgehd vierter Klasse zurückverfaßt. Die Verlesung war von einem guten Geiste getragen.

-Sc. Hensburg. (Maschinenlehreverein für Schleswig.) Unre am 25. April abgehaltene erste Quartalsversammlung war verhältnismäßig gut besucht. Mit einem Nachruf für unsern in Frankreich gefallenen Kollegen Segen (Badersleben) wie auch den früher unserm Verein angehörenden Kollegen Mira eröffnete der Vorsitzende die Verlesung. Die interessanteste Tagesordnung, im besonderen die Aussprache über die gegenwärtige Lage, zeitigte eine recht anregende Debatte. Die Kasse hat einen Bestand von 94,11 Mk. Zu Weihnachten sind den im Felde stehenden Kollegen bzw. deren Angehörigen zum Besten im Gesamtbetrag von 65 Mk. gemacht worden. Von den 44 Mitgliedern unsres Vereins sind gegenwärtig acht zum Seeresdienst eingezogen. Die Verlesung ergab die Gewißheit, daß alle Mitglieder unsres Bezirks auch in dieser Zeit voll bemüht sind, die Bestrebungen unsrer Vereinigung hochzuhalten.

Landshut (Bayern). Kollege Adolf Burkhardt sen., geboren am 10. Februar 1851 in Hirau (Märkisch-Frankfurt), kann am 15. Mai d. J. sein 50jähriges Berufsjubiläum feiern. Der Jubilar gehört seit dem Kriegsjahre 1870 unserm Verband an und konditioniert seit 43 Jahren fast ununterbrochen in der Hof-Thomasischen Buchdruckerei hier. Kollege Burkhardt erfreut sich noch einer verhältnismäßig guten Gesundheit.

Magdeburg. (Bierjahresbericht.) Im abgelaufenen Quartal fanden zwei Versammlungen statt. In der Februarversammlung wurde das Andenken von zehn im Kriege gefallenen Kollegen durch Erheben von den Vätern gelebt. Unter „Tariflichem“ wurden die Kollegen belehrt, daß auch in dieser schweren Zeit die tariflichen Bestimmungen hochzuhalten seien. Beim Punkte „Kassenbericht“ wies Kollege Pfeiffer darauf hin, daß wir im verflohenen Jahr 1914 eine Mindereinnahme von etwa 8000 Beiträgen hatten. Aber „Die Tüchtigkeit der Konsumgenossenschaften während des Kriegs“ erstattete uns Kollege Viktorius ein Referat. Der Redner verstand es, die Kollegen von dem hohen Werte der Konsumvereine zu überzeugen. An Hand von Warenberichten und Steuerungskaffiten wurden die enormen Preissteigerungen der notwendigsten Nahrungsmittel dargelegt. Für die vortrefflichen Ausführungen lohnte dem Redner reichlicher Beifall. — Auch in der Märzversammlung lag unsern Vorsitzenden die Pflicht ob, wieder drei auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen ein Nachruf zu widmen. Nach Erlebung weiterer Ortsvereinsangelegenheiten nahm unser Gauvorsteher König das Wort zu seinem Vortrage: „Der Krieg und seine Bedeutung im Wirtschaftsleben — Berichtserstattung von der Kriegskommission“. In über zweifelhafte Ausführungen wies der Redner nach, daß die wirtschaftliche Organisation noch vieles nachzuholen habe, während sich die militärische vorzüglich bewährte. Er erwähnte auch, daß die Arbeiterschaft nur Vorteile erlangen könne, wenn Deutschland keine führende Stellung auf dem Weltmarkte behalte. Hierauf gab der Referent noch die Leistungen des Verbandes und seiner Mitglieder bekannt. Auf der Bezirksleiterkonferenz in Halle a. S. wurde der Gaubetrag um 15 Pf. erniedrigt, außerdem für die Ehefrauen der gefallenen sowie der eingezogenen Kollegen eine Unterfertigung von 10 Mk. beschlossen. Kollege König beendete seine Ausführungen mit der Mahnung, in der Opferwilligkeit und Pflichttreue für den Verband nicht zu erlahmen, damit die im Felde stehenden Kollegen bei ihrer Rückkehr eine festgefügte Organisation vorfinden. Den trefflichen und leichtverständlichen Ausführungen folgte reichlicher Beifall. Der folgende Tagesordnungspunkt betraf die Erhöhung des Ortsvereinsbeitrags. Die Einnahmen verringerten sich durch die Einberufungen zum Militär, während sich die Ausgaben hauptsächlich durch Extrainterrassierungen erhöht haben. Die Verlesung stimmte der Erhöhung des Beitrags um 15 Pf. beibehalten zu. Der vorgerückten Zeit wegen wurde der Kassenbericht zur nächsten Versammlung verschoben. — Aus einem in unserm Bureau aufgestellten Schilderhäuschen wurde schon manchem Kollegen im Felde eine kleine Freude bereitet.

Von Buchdruckern im Kriege. Für vorbildliche Pflichterfüllung im Kriegsdienst erhielt von dem im Felde stehenden Mitglieder unserer Organisation das Eisener Kreuz: Hermann Otto (Halle a. S.). Damit haben bis jetzt 549 Verbandskollegen diese militärische Auszeichnung erworben.

Kriegszulagen. In Dresden bewilligte die Buchdruckerei der Wilhelm und Bertha v. Baensch-Stiftung neben der bereits bestehenden Unterstützung für die Frauen der zum Kriegsdienst Einberufenen dem verheirateten Personal mit Kindern eine nach der Zahl der letzteren abgestufte wöchentliche Kriegszulage von 1,50 Mk. bei einem Kinde, bei zwei Kindern 2,50 Mk., bei drei und mehr Kindern 3,50 Mk. — In Augsburg gewährte die Buchdruckerei Franz Schoder ihrem Gesamtpersonal eine Kriegszulage von 5 Proz. des Wochenlohns. — In Landau (Pfalz) bewilligte die Geschäftsleitung der „Vorderpfälzischen Genossenschaftsdruckerei“ („Der Rheinpfälzer“) ihren Gehilfen aus eigenem Antrieb eine Kriegszulage von wöchentlich 2 Mk. — In Gnadau bei Magdeburg gewährt der Buchdruckereibesitzer Hermann Janja der Frau seines zum Kriegsdienst eingezogenen Gehilfen einen Zuschuß von 20 Mk. monatlich.

Geschworenenauslösung. In Dresden wurde Kollege Heinrich Wendische als Geschworener ausgelost.

Zeitungsversehrung. Der Verlag des „Allgemeinen Beobachters“ in Essen ging am 1. Mai durch Kauf an den Verlag der dortigen „Arbeiterzeitung“ über und wurde mit der letzteren zu einem Organe verschmolzen. Die „Arbeiterzeitung“ von Essen trägt nunmehr den Untertitel „Allgemeiner Beobachter und Essener Zeitung“. Der Einfluß des Kriegs sowie die Entwicklung der „Arbeiterzeitung“ haben diese Verschmelzung nötig gemacht. Kollege Eugen Schorch, der langjährige Herausgeber und verdienstvolle Leiter des „Allgemeinen Beobachters“, hat nunmehr eine Privatdruckerei auf eigene Rechnung übernommen, wozu wir ihm, wie alle, die den bewährten Kämpen im weißen Germanentum kennen, das Beste wünschen.

Bewilligung einer einbalfischen Feuerzulage durch einen Unternehmerverein. Auf ein gemeinsames Ersuchen der Vertrauensmänner der Futurbeiter in Dresden hat der Verein Sächsischer Strohhutfabrikanten beschlossen, zu dem tariflich vereinbarten Wochenlohn von 30 Mk. in Anbetracht der außergewöhnlichen Feuerungsverhältnisse bis auf weiteres einen außerordentlichen Unterstützungsbetrag von wöchentlich je 6 Mk. zu gewähren.

Zur Weiterversicherung der Kriegsteilnehmer in der gesetzlichen Krankenkasse. Die Reichsversicherungsordnung sichert in § 214 den Versicherenden bei Eintritt der Erwerbslosigkeit nach überrückgehänger sechs- und zwanzigwöchiger oder „direkt-vorhergehender“ sechs- wöchiger Beitragsleistung den Anspruch auf die Regelleistungen der Krankenkasse, wenn der Versicherungsfall, d. h. eine Erkrankung während der Erwerbslosigkeit, binnen drei Wochen nach dem Aufhören der Pflichtversicherung eintritt. Nun hat das Badische Landesversicherungsamt am 14. Februar d. J. die Entschädigung getroffen, wonach ein Kriegsteilnehmer nicht als erwerbslos im Sinne des § 214 der Reichsversicherungsordnung gilt. Ein bis zu seiner Einberufung in versicherungspflichtigem Verhältnisse stehender Kriegsteilnehmer hätte danach vom Tage seiner Einberufung an keinen Anspruch mehr auf die Regelleistungen der Krankenkassen nach dem erwähnten Paragraphen der Reichsversicherung. Auch das Oberversicherungsamt Stuttgart äußerte sich (vorbehaltlich instanzlicher Entscheidung) bereits am 13. August 1914 dahingehend, daß die Einziehung zum Kriegsdienste keine Erwerbslosigkeit im Sinne des § 214 bedeute. Dieser Ansicht schlossen sich jedoch mehrere Versicherungs- sowie Oberversicherungsämter, auch hervorragende Sozialpolitiker nicht an. Amtsgerichtsrat Kahn sagt u. a. in seinem Kommentar: „Wer zum Militär eingezogen wird, ist erwerbslos“. Das Badische Landesversicherungsamt aber sagt folgendes: „Nicht wegen Erwerbslosigkeit scheidet der Kriegsteilnehmer aus, sondern wegen seiner Einberufung zu den Fahnen, und er wird durch diese Einberufung nicht erwerbslos in dem dem § 214 zugrunde liegenden gesetzlichen Sinne, da die Heeresverwaltung für ihn sorgt in gefunden und kranken Tagen“. Nach dieser ungünstigen Entscheidung kann denjenigen Kollegen, die noch zur Fahne einberufen werden sollten, nur dringend die freiwillige Weiterversicherung empfohlen werden.

Koalitionsrechtsbeschränkung in Staatsbetrieben. Während maßgebende Vertreter der Reichsregierung und einzelner Bundesstaaten im Verlaufe des Kriegs schon mehrfach zugegeben haben, daß ihr früheres Urteil über die Arbeiterorganisationen, soweit sie zu den freien Gewerkschaften und zur Sozialdemokratie zu rechnen sind, einer Korrektur bedarf und das Wort „Ich kenne keine Parteien mehr“ klar zum Ausdruck brachte, daß auch das Streben der Arbeiterorganisationen berufen ist und beitragen kann, dem Wohle des Volkes zu dienen, fehlt es leider immer noch an Tendenz, die dem direkt entgegengesetzt sind. Soweit es sich dabei um Auffassungen und Stimmungen handelt, die von privatkapitalistischen, also einseitigen Klasseninteressen diktiert sind und neuerdings besonders aus den Kreisen der Großindustrie wieder zum Vorschein kommen, brauchen wir uns nicht weiter zu wundern. Es zeigen sich hier nur die alten Widersacher der Arbeiterschaft in ihrer vollen Mächtigkeits- und erinnern uns daran, daß sie nach wie vor darauf bedacht sind, sich nur als „Herren im Hause“ zu fühlen und die Forderungen der Arbeiterschaft nach sozialer und wirtschaftlicher Besserstellung nur in dem Maße anzuerkennen gewillt sind, als sie dazu durch die Macht der Verhältnisse und nicht aus eigener Einsicht oder sozialpolitischem Verständnis genötigt werden. Daß aber die Leitung eines der größten staatlichen Betriebe, und noch dazu eines süddeutschen Staates, sich auf der gleichen einseitigen Linie zu halten sucht, das hätten gewiß viele nicht erwartet, die besonders auf manche vernünftigen Worte von den Regierungsspitzen in den letzten Monaten ein größeres Gewicht glauben legen zu dürfen und skeptische Beurteiler solcher Reden als sogenannte Mesmacher oder als noch schlimmeres gloffieren. Und doch ist es Tatsache, daß dieser Tage erst das bayerische Staatsministerium ein Gesuch der freien Gewerkschaften Nord- und Südbayerns um Aufhebung des bekannten Reverses, der von allen Angestellten der bayerischen Verkehrsverwaltung als schriftliche Festsetzung dafür gefordert wird, daß sie weder einer freien Gewerkschaft noch der sozialdemokratischen Partei angehören, indirekt ablehnend beantwortet hat. In dem ministeriellen Bescheide wird betont, daß gegenwärtig im Bereiche der bayerischen Verkehrsverwaltung weder neue Arbeiter angestellt werden, noch Tagelohnbedienstete in Beamtenstellungen übergeführt werden. Insofern käme auch eine praktische Handhabung des Reverses nicht in Betracht, wodurch sich auch eine schriftliche oder mündliche Erörterung der Reversfrage erübrige. Das bayerische Staatsministerium ist sich demnach anscheinend gar nicht bewußt, daß der Revers auch für viele Tausende der gegenwärtig schon im Dienste der bayerischen Verkehrsverwaltung stehenden Angestellten eine politische und soziale Bevormundung bedeutet, die sie sozialgen zu Staatsbürgern zweiter Klasse stempelt. Außerdem scheidet dieses Verhalten des bayerischen Ministeriums in der Koalitionsfrage sehr unvorstellbar von dem entgegengekehrten Verhalten der Militärbehörden ab, die bekanntlich vor dem Kriege ähnlichen Tendenzen gebührend haben, sich aber inzwischen sehr schnell davon überzeugt haben, daß die Heereslieferungen nicht nur keine Verzögerung erfahren, sondern sogar beschleunigt werden, wenn sie den diesbezüglichen Arbeitern keine Vorschriften in Hinblick auf deren gewerkschaftliche oder politische Organisation machen. Wäre es dem bayerischen Ministerium ebenfalls darum zu tun, in dieser Frage „umzulernen“, so wäre gerade die gegenwärtige Zeit um so günstiger, wo es sich darauf berufen könnte, daß das während des Kriegs zutage getretene Verhalten der freien Gewerkschaften ihre früheren Bedenken hinsichtlich gemacht hat und deren Beurteilung als staatsfeindliche Organisationen ein Irrtum war. Da die bayerische Regierung das nicht tut, darf man annehmen, daß sie in dieser Hinsicht noch keinen andern Standpunkt einnimmt und insofern auch die künstlichen Schranken zwischen den Angestellten ihrer Verkehrsanstalten und den Arbeiterorganisationen aufrechtzuerhalten gedenkt. Sie gibt damit leider vielen Gegnern der Arbeiterorganisationen in Unternehmerkreisen ein schlechtes Beispiel. Sie hält dadurch zwischen sich und der Arbeiterschaft eine Mauer aufrecht, die auch die beschiedenen Forderungen innerhalb der letzteren in Entschädigungen verwandeln muß und damit leider auch die da und dort genährten Wünsche auf eine Entspannung der sozialen Lage der Arbeiterschaft durch eine zukünftige Vermehrung und Erweiterung der staatlichen Güterproduktion schon im Keime fast erstickt.

Die Brenne der Großindustriellen in Tätigkeit. Schon des öfters hatten wir in den letzten Wochen die unerfreuliche Wahrnehmung zu konstatieren, daß maßgebende Persönlichkeiten in Unternehmerkreisen ihren Anmut darüber gar nicht verbergen können, daß einseitige Regierungsmänner sich in Deutschland im Laufe der Kriegszeit von der Berechtigung und Notwendigkeit vieler Forderungen der Arbeiterschaft überzeugt und öffentlich zum Ausdruck gebracht haben, daß sie diesen Bestrebungen sympathisch gegenüberstehen und auch gewillt sind, sie nach besten Kräften zu fördern. So muß gegenwärtig besonders der preussische Handelsminister v. Sadow sich von der großindustriellen Presse und namentlich von jener der Bergherren sagen lassen, daß er ein sehr fehlerhaftes Verhalten an den Tag legt, wenn er die Einführung obligatorischer Einigungsämter zu begünstigen trachtet. Dadurch habe er Hoffnungen bei der Arbeiterschaft erweckt, die nach Ansicht der in Frage kommenden Unternehmer unerfüllbar seien. Und wenn dadurch nun, d. h. durch die absehbende Haltung der Unternehmer, eine gewisse Konfliktsituation unter den Bergarbeitern Platz greife, so frage allein der Handelsministerin daran die Schuld. Die Arbeitgeber keinesfalls! Was werde aber bei einer solchen ungeschickten Regierungstaktik erst nach dem Kriege an sozialpolitischen Forderungen an die Oberfläche kommen? Herr v. Sadow ist also jetzt schon bei den Unternehmern der Großindustrie in Ungnade gefallen. Und damit ist nach alter Erfahrung ganz ernstlich zu rechnen. Würden sich die Herren im Lager der Großindustrie nicht sicherer und mächtiger als der preussische Handelsminister fühlen, so würden sie sich jedenfalls bitten, ihm das Odium eines Unruhestifters anzuhängen. Es ist dies die alte Weise, nach der früher schon Interessenvertreter der Arbeiter als Seher bezeichnet und verfolgt wurden, wenn sie Arbeiterforderungen zur Anerkennung zu bringen bemüht waren. Und diese Tendenzen und Kräfte hatte jedenfalls auch unser Kollege und Reichstagsabgeordneter Scheidemann im Auge, als er dieser Tage in einer großen Solinger Volksversammlung bezüglich der angekündigten Neuorientierung in der inneren Politik nach dem Kriege sagte, daß diejenigen, die sie ver sprachen, auch heute noch dafür sind, daß es aber eine andre Frage sei, ob sie der Reichskanzler und die Minister verwirklichen könnten. So bewahrheitet es daher auch ist, daß allen Anzeichen nach die deutschen Großindustriellen sowohl wie die bewußten Agrarier von ihrer alten volks- und arbeitserfeindlichen Tendenz nicht abgehen wollen, so ist es doch auch zu begrüßen, daß sie daraus kein Hehl

machen und sogar noch mitten in der schweren Kriegszeit der Regierung wie der Arbeiterschaft zu erkennen geben, daß sie ihre eigenen Interessen höher stellen als das Wohl der großen Volksmehrheit und damit auch über das Staatswohl. Regierung und Arbeiterschaft können daraus die erforderlichen Schlußfolgerungen ziehen. Die erstere wird noch mehr als bisher erkennen, wo in Wahrheit die Hemmnisse einer gesunden Volkswirtschaft zu suchen sind, und die Arbeiterschaft wird die Notwendigkeit und den Ausbau ihrer Organisationen in noch höherem Maß einsehen und danach zu handeln wissen.

Auswanderung und Krieg. Durch die Unterbrechung und Hemmung des internationalen Verkehrs ist nicht nur der Austausch von Waren unterbunden worden, sondern auch die Übertragung von Geldkapital aus einem Land ins andre, vor allem aber auch die Auswanderung, deren Bedeutung für die in Frage kommenden Länder von großem Einfluß auf die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens ist. Leider ist die statistische Erfassung der Wanderungen sehr unzulänglich; am besten ist man noch über die überseeische Auswanderung unterrichtet. Die über die Landgrenzen erfolgenden Wanderungen werden ihrem Umfang nach überhaupt nicht erfaßt, obwohl auch sie auf das Auswanderungs- wie auf das Einwanderungsland weitgehende Wirkungen auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens ausüben. Aber zwei Millionen Menschen wandern allein aus den europäischen Ländern alljährlich nach Übersee aus. Innerhalb Europas dürfte aber die Zahl der internationalen Binnenwanderer sich ebenfalls auf mehr als eine Million stellen, so daß die Zahl der europäischen Auswanderer in den letzten Friedensjahren mit drei Millionen sicherlich nicht zu hoch geschätzt sein dürfte. An der überseeischen Auswanderung aus europäischen Ländern waren in den Jahren vor dem Kriege nach den amtlichen statistischen Angaben die wichtigsten Länder mit folgenden Auswandererziffern beteiligt:

Jahr	Zahl der Auswanderer	Auf 10 000 Einwohner kamen Auswanderer
Italien	1912 711 446	203,9
Großbritannien	1912 467 762	102,5
Rußland	1913 208 719	—
Spanien	1911 175 567	89,5
Österreich	1912 131 227	45,4
Ungarn	1912 116 239	—
Portugal	1912 88 920	148,5
Deutsches Reich	1913 25 843	3,9
Belgien	1911 18 130	24,3
Schweden	1912 18 117	32,5

Die Ziffern sind zwar keineswegs ganz vollständig und streng miteinander vergleichbar. Vor allem ist die russische Auswanderung viel zu unvollkommen erfaßt, da sie nur die Auswanderung über deutsche Häfen ergibt. Trotzdem kann man schon aus den angeführten Ziffern auf die starke Einwirkung des Kriegs schließen. Denn das in den kriegsführenden Ländern selbst die Auswanderung bis auf ein Minimum zurückgegangen ist, darf mit Ausnahme von England als leicht angenommen werden. Für England liegen die Verhältnisse allerdings günstiger. Hier dürfte die internationale Freizügigkeit nicht in dem Grade eingeschränkt sein wie für die übrigen kriegsführenden Staaten. Aber auch die Auswanderung aus den neutralen Staaten hat zweifellos sehr stark abgenommen. Das fällt ganz besonders für Italien ins Gewicht, das einen großen Teil seines Menschenüberschusses im eigenen Lande behalten muß und dadurch wirtschaftlich viel schlechter daran ist, als wenn es sein Überangebot auf dem Arbeitsmarkt im Ausland günstig verwerthen kann, wodurch nicht nur eine Entlastung des heimischen Arbeitsmarktes, sondern außerdem ein Aktivismus in seiner Zahlungsbilanz dem Auslande gegenüber bewirkt wird. Als Einwanderungsgebiet für die europäischen Auswanderer kommt hauptsächlich Amerika in Betracht, das unter dem wirtschaftlichen Drucke des Kriegs den Zustrom europäischer Arbeitskraft nicht so stark entbehrt, wie dies in normalen Friedenszeiten sonst der Fall wäre.

Gestorben.

In Berlin am 10. April der Seher Gustav Riffy aus Gumbinnen, 38 Jahre alt — Herzschwäche; am 11. April der Seherinvalide William Mähky aus Kolberg, 49 Jahre alt — Lungenschwindsucht; am 15. April der Seherinvalide Franz Burger aus Lamberheim, 81 Jahre alt — Altersschwäche; am 18. April der Seher Albrecht Schmidt aus Landshut i. Schl., 43 Jahre alt — Gehirnschlag.

In Breslau am 29. April der Seherinvalide Richard Erner von dort, 38 1/2 Jahre alt — Lungenschwindsucht.

In Chemnitz am 29. April der Buchdrucker Friedrich August Günther, 59 Jahre alt.

In Danzig der Seher Bruno Köfker, 26 Jahre alt — Anginalschmerz.

In Dresden am 17. April der Seher Karl Bergold aus Buchholz, 48 Jahre alt — Lungenentzündung; am 23. April der Seher Johannes Barth aus Berlin, 28 1/2 Jahre alt — Lungen tuberkulose; am 1. Mai der Drucker Richard Barthel, 23 Jahre alt.

In Erfurt am 16. April der Buchdruckereibesitzer Otto Stenger; am 28. April der Seher Ernst Mache aus Ols i. Schl., 41 Jahre alt — Lungenentzündung.

In Frankfurt a. M. der Seher Heinrich Göbel aus Harheim, 21 Jahre alt — Lungen tuberkulose; am 29. April der Seher Georg Selmann aus Langen (Hessen), 25 Jahre alt — Schwindsucht; am 3. Mai der Seherinvalide Philipp Weil aus Pirmasens, 69 Jahre alt.

In Halle a. S. am 24. April der Faktor Gustav Reiche, 61 Jahre alt.

